



Bundesministerium der Verteidigung, 11055 Berlin

An die Mitglieder
der Fraktionen von CDU/CSU und SPD
im Deutschen Bundestag

HAUSANSCHRIFT

POSTANSCHRIFT

TEL

FAX

Boris Pistorius

Bundesminister der Verteidigung

Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin

11055 Berlin

+49 (0)30 2004-22000

+49 (0)30 2004-22004

Berlin, 7. Januar 2026

Betreff: Ausblick auf das Jahr 2026

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die jüngsten Gespräche zur Ukraine machen einmal mehr deutlich, wie entscheidend europäische Geschlossenheit für die Sicherheit unseres Kontinents ist. Frieden und Freiheit in Europa sind untrennbar mit dem Schicksal unserer Nachbarn verbunden. Und selbst ein Waffenstillstand oder gar ein Friedensschluss in der Ukraine wird die sicherheitspolitische Realität Europas nicht grundlegend verändern: Russland bleibt auf absehbare Zeit ein Akteur, der bereit ist, seine Interessen mit Gewalt durchzusetzen.

Diese Erkenntnis verpflichtet uns. Es ist unsere Verantwortung, die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und Europas dauerhaft zu stärken – politisch, wirtschaftlich und militärisch.

Die europäischen Alliierten werden künftig eine deutlich größere Rolle in der konventionellen Verteidigung Europas übernehmen müssen. Die 2025 beschlossenen Fähigkeitsziele der NATO sind anspruchsvoll. Gleichzeitig sind es entscheidende Meilensteine, wenn wir die russische Aggression glaubwürdig abschrecken und uns im Ernstfall erfolgreich verteidigen wollen.

Dafür müssen wir das Tempo, das wir im vergangenen Jahr vorgelegt haben, noch einmal erhöhen.

2025 haben wir die Ukraine mit militärischer Ausrüstung und Finanzmitteln in Höhe von rund 9 Milliarden Euro unterstützt. Damit ist Deutschland der führende europäische Partner der Ukraine. Gleichzeitig haben wir die Zusammenarbeit mit der ukrainischen Rüstungsindustrie deutlich vertieft – unter anderem durch das deutsch-ukrainische Arrangement zur Defence Industry Cooperation, das eine langfristige Partnerschaft in Forschung, Entwicklung und

Produktion begründet. Davon profitiert die Ukraine. Und davon profitieren wir hier in Deutschland und Europa.

Deutschland und Großbritannien haben im vergangenen Jahr die Führung der Ukraine Defence Contact Group (UDCG) übernommen. Unser Ziel bleibt klar: die Ukraine entschlossen, verlässlich und mit geeinten Kräften weiter zu unterstützen. Dies ist auch die klare Botschaft der „Coalition of the Willing“, an der sich Deutschland politisch, finanziell und militärisch beteiligt und die am 6. Januar zu einem Gipfeltreffen in Paris zusammenkam.

Deutschland übernimmt darüber hinaus eine besondere Verantwortung an der NATO-Ostflanke. In weniger als zwei Jahren nach der Stationierungsentscheidung haben wir die Brigade Litauen im Mai 2025 offiziell in Dienst gestellt. Der Brigadestab ist vollständig aufgestellt, die Hauptkräfte werden im zweiten Halbjahr 2027 nach Litauen verlegen. Bereits im Februar 2026 werden ein Panzerbataillon, ein Panzergrenadierbataillon und die Multinationale Battlegroup der Brigade Litauen unterstellt.

Grundlage für diese Führungsrolle Deutschlands in Europa, und für unsere nationalen Ambitionen insgesamt, war und ist eine verlässliche Haushaltsaufstellung für die Jahre 2025 und 2026.

Mit der Bereichsausnahme von der Schuldenbremse haben wir die dringend erforderliche Planungssicherheit für die Bundeswehr geschaffen: Mit rund 87 Mrd. Euro im Einzelplan 14 und aus dem Sondervermögen in 2025 haben wir einen kontinuierlichen Wachstumspfad eingeschlagen. Diesen setzen wir mit rund 83 Mrd. Euro im Haushalt 2026 sowie mehr als 25 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen fort. Zusammen mit der Finanzplanung bis 2029 sichern wir damit eine langfristige, bedarfsgerechte Finanzierung der Bundeswehr, orientiert an der Bedrohungslage und den realen Anforderungen der Truppe.

Entsprechend konnten wir im vergangenen Jahr mehr als 100 Beschaffungsvorhaben mit einem Volumen von jeweils über 25 Millionen Euro mit Zustimmung des Haushaltsausschusses auf den Weg bringen.

Das war nur gemeinsam möglich. Für die Unterstützung und für das klare, fraktionsübergreifende Bekenntnis der Koalitionsfraktionen zur Bundeswehr möchte ich Ihnen und Euch ausdrücklich danken.

2026 werden wir die notwenigen Investitionen konsequent fortsetzen. Wir schließen bestehende Fähigkeitslücken in der Luftverteidigung und Aufklärung und investieren weiter massiv in den Aufbau einer resiliентen Weltraumsicherheitsarchitektur. Wir erhöhen die Munitionsbevorratung und investieren gezielt in Zukunftstechnologien und modernste Ausrüstung: Drohnenabwehr, Satelliten, Führungsfähigkeit, digitale Vernetzung und Künstliche Intelligenz sind nur einige Beispiele. Dabei bauen wir die Kooperation mit europäischen Partnern ebenso aus, wie mit Industrie, Start-ups und Wissenschaft.

Zusätzlich beschleunigen wir unsere Beschaffungsprozesse. Dazu gehören die **Reorganisation und Stärkung des Beschaffungsamts der Bundeswehr** in Koblenz. Mehr Mittel und Beschaffungsprojekte bedeuten, dass das Beschaffungsamt noch agiler und schneller Entscheidungen treffen muss. Hierzu gehört auch die Ausplanung weiterer Standorte des Amtes in Deutschland.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf Innovation: Im Innovationszentrum der Bundeswehr in Erding werden Industrie, Start-Ups, Wissenschaft und Bundeswehr gemeinsam Projekte entwickeln und deren Resultate verzugslos in der Truppe praxisnah testen können. Weitere Innovationszentren sind geplant, z.B. für Marinetechnologie in Norddeutschland.

Zum 1. Januar 2026 ist das Wehrdienstmodernisierungsgesetz in Kraft getreten. In den kommenden Tagen wird das Artikelgesetz Militärische Sicherheit in Kraft treten. Damit sind zwei wichtige Grundsteine für den personellen Aufwuchs und die Verbesserung der Sicherheit der Bundeswehr gelegt. Wir setzen so zwei zentrale Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um.

Mit dem Wehrdienstmodernisierungsgesetz führen wir ein modernes System der Wehrerfassung und -überwachung ein und schaffen mit der flächendeckenden Musterung junger Männer ein verlässliches Lagebild für den Ernstfall. Das Gesetz legt die Grundlage für einen freiwilligen und attraktiven Wehrdienst. Die Schaffung eines sinnstiftenden und attraktiven Dienstes in der Bundeswehr bleibt für uns klares Bekenntnis und Ziel. Wir haben für eine attraktive Ausbildung bereits wesentliche Anpassungen vorgenommen, werden sie aber regelmäßig überprüfen und im Sommer des kommenden Jahres grundsätzlich evaluieren.

In wenigen Tagen werden die ersten 18-jährigen kontaktiert, um gezielt Bereitschaft und Qualifikation abzufragen und für den Dienst in der Bundeswehr zu werben.

Ziel ist es, bis Jahresende bis zu 20.000 Freiwillige für den Neuen Wehrdienst zu gewinnen. Ich bin überzeugt, dass dies gelingen wird.

Die aktuellen Zahlen zeigen deutlich einen positiven Trend: 2025 haben wir über 25.000 neue Soldatinnen und Soldaten eingestellt – ein Plus von rund 4.800 gegenüber dem Vorjahr.

Nun gilt es, die Ausbildungs- und Infrastrukturkapazitäten zügig zu verbessern und auszubauen. Gleichzeitig werden wir die Musterungskapazitäten schrittweise erweitern, um ab Mitte 2027 mit der flächendeckenden Musterung ganzer Jahrgänge zu starten.

Das Artikelgesetz Militärische Sicherheit modernisiert den Militärischen Abschirmdienst, verbessert den personellen Schutz der Bundeswehr und erweitert die Befugnisse der Feldjäger. Gerade mit Blick auf die Brigade Litauen schützen wir damit unsere Soldatinnen und Soldaten und deren Angehörigen noch besser und effektiver.

Doch wir sind noch nicht am Ziel.

Eine der ersten Prioritäten für 2026 muss der zügige Beschluss des Bundeswehrplanungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz sein. Mit diesem Gesetz wollen wir die Vergabe- und Genehmigungsverfahren vereinfachen und verkürzen, um die Beschaffung von Material und Ausrüstung sowie Bau- und Dienstleistungen für die Bundeswehr zu beschleunigen und zu entbürokratisieren.

Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, die Belange und Infrastrukturmaßnahmen zur Gesamtverteidigung als überragendes öffentliches Interesse festzuschreiben und in der Umsetzung gegenüber anderen staatlichen Aufgaben zu priorisieren. Dieser Auftrag ist insbesondere für die Umsetzung eines zentralen Vorhabens für dieses Jahr von Bedeutung:

Mit dem Bundeswehrinfrastrukturbeschleunigungsgesetz wollen wir Ausnahmeregelungen im Bau- und Umweltrecht schaffen, um Bauvorhaben der Bundeswehr spürbar zu beschleunigen. Verteidigungspolitische Interessen müssen in Genehmigungsverfahren klar prioritisiert werden, damit wir rechtzeitig und durchhaltefähig die Infrastruktur für den personellen und materiellen Aufwuchs bereitstellen können. Der Gesetzentwurf soll im Frühjahr ins Kabinett eingebracht werden.

Um die erheblich gestiegenen infrastrukturellen Bedarfe der Bundeswehr decken zu können, habe ich im vergangenen Jahr ein Liegenschaftsmoratorium erlassen und damit den jahrelangen Abverkauf militärischer Liegenschaften gestoppt. Derzeit prüfen wir rund 200 Liegenschaften eingehend auf ihre Eignung für eine militärische Nutzung. Dabei stimmen wir uns eng und vertrauensvoll mit Bund, Ländern und Kommunen ab, um tragfähige und faire Lösungen zu finden.

Wir werden weitere Vorsorgemaßnahmen für den Ernstfall treffen und die rechtlichen Grundlagen dazu anpassen. **Zur weiteren Stärkung der Einsatzbereitschaft und Verteidigungsfähigkeit der Streitkräfte werden wir im Sommer das Reservestärkungsgesetz auf den Weg bringen.** Damit schaffen wir unter anderem die Voraussetzungen, Reservistinnen und Reservisten bereits vor der formalen Feststellung eines Spannungs- oder Verteidigungsfalls für Aufgaben, beispielsweise im Rahmen der Rolle Deutschlands als logistisches Drehkreuz der NATO, heranziehen zu können.

Vorsorge für den Ernstfall geht jedoch weit über die Streitkräfte hinaus. Sie bedeutet auch, in Krisensituationen auf belastbare gesetzliche Grundlagen zurückgreifen zu können, um die staatliche Handlungs- und Reaktionsfähigkeit insgesamt sicherzustellen.

Die Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze werden daher seit 2022 umfassend modernisiert. Wir haben bereits wichtige Fortschritte erzielt, sind aber auch hier noch nicht am Ziel. Insbesondere zur Erfüllung unserer NATO-Verpflichtungen und zur Umsetzung des Operationsplans Deutschland müssen bestimmte Regelungen bereits vor der Feststellung eines Spannungs- oder Verteidigungsfalls greifen können. Gemeinsam mit den anderen Ressorts, insbesondere dem Bundesministerium des Innern, werden wir hierzu in diesem Jahr weitere gesetzliche Anpassungen auf den Weg bringen.

Gesamtverteidigung ist eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie reicht über Ressort- und Strukturgrenzen hinaus und fordert Bund, Länder und Kommunen gleichermassen.

Alles was wir bislang erreicht haben und alles, was wir noch vorhaben, geht nur gemeinsam. Politik, Bundeswehr, Industrie, Gesellschaft – wir alle tragen Verantwortung für die Verteidigungsbereitschaft unseres Landes. Und wir alle müssen gemeinsam daran arbeiten mit einem klaren Ziel: Wir müssen so verteidigungsbereit sein, dass wir abschrecken. So verteidigungsbereit, dass es gerade nicht zum Ernstfall kommt.

Ich bin fest entschlossen und freue mich darauf, diesen Auftrag weiter mit Ihnen und Euch gemeinsam anzupacken und zähle auf Ihre und Eure Unterstützung.

Mit kollegialen Grüßen und besten Wünschen für das neue Jahr,



Boris Pistorius